



Kassenbetrug schadet der Allgemeinheit - Schnelles Handeln ist gefragt



Manipulationen an Ladenkassen führen zu Steuerausfällen von mehr als zehn Milliarden Euro jährlich. Norbert-Walter Borjans wies das seinerzeit CDU-geführte Bundesfinanzministerium darauf bereits im Jahr 2014 hin, was dann wiederum zwei Jahre untätig blieb. Das schlussendlich vorgelegte Gesetz schrieb zwar die Einführung manipulationssicherer Kassen vor, gewährte gleichwohl großzügige Übergangsfristen. Diesen von vielen Seiten kritisierten Zustand hat nun auch der neue Landesfinanzminister erkannt und öffentlichkeitswirksam für eine schnellere Einführung manipulationssicherer Kassen geworben. Auf die

se Worte folgten aber keine Taten: eine konkrete politische Initiative blieb aus. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, zügig zu handeln - immerhin geht es hier um mehrere Milliarden Euro, die dem Landeshaushalt durch Kassenbetrug für andere Investitionen fehlen. Im Plenum habe ich folgende [Rede](#) dazu gehalten. (Drucksache [17/2165](#))

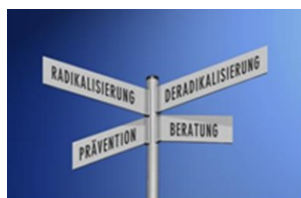
„Offene Ganztagschule: Umsetzung des Rechtsanspruchs muss geplant sein



Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird der individuelle Rechtsanspruch auf einen Platz in der Ganztagsbetreuung bis 2025 angekündigt. Vor diesem Hintergrund muss die schwarz-gelbe Landesregierung schnellstmöglich ein Konzept erarbeiten, wie der Rechtsanspruch umsetzbar ist. Weiterhin ist es erforderlich, die Offene Ganztagschule auch inhaltlich weiterzuentwickeln. Zu dem Thema ist von der Mitte-Rechts-Koalition in NRW bislang nur wenig zu hören. Bei der Einführung des Rechtsanspruches auf Betreuung ab einem Jahr hat das Land NRW seinerzeit einen Krippen-Gipfel einberu-

fen. Dies muss analog auch für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung durchgeführt werden. Die Umsetzung des Rechtsanspruches bedarf einer gründlichen und soliden Planung. (Drucksache [17/2164](#))

Demokratieförderung: Kommunale Präventionsstrukturen dauerhaft unterstützen



Die Zivilgesellschaft muss nachhaltig gestärkt werden, um Demokratie in der Gesellschaft zu festigen. Prävention muss ermöglicht werden, um letztlich auch Extremismus vorzubeugen. Die SPD-Fraktion schlägt deshalb vor, die finanziellen Mittel zur Demokratieförderung zu verstetigen, um die etablierten und bewährten Präventionsstrukturen in den Kommunen dauerhaft zu unterstützen. Wir setzen uns weiterhin für ein bundeswei-

tes Demokratiefördergesetz ein, das einen gesetzlichen Rahmen schafft und den zivilgesellschaftlichen Akteuren die nötige finanzielle und rechtliche Sicherheit gibt. Davon würde auch Nordrhein-Westfalen profitieren. Auch wenn unser Antrag abgelehnt werden wird, werden wir uns auch künftig für konkrete Verbesserungen im Bereich der Demokratieförderung starkmachen. (Drucksache [17/508](#))

Kriminalitätsbekämpfung stärken: Angriffe mit Stichwaffen statistisch erfassen



In jüngerer Zeit gab es häufiger Berichte über zum Teil tödlich verlaufende Angriffe mit Messern oder anderen Stichwaffen. Sowohl in Polizeikreisen als auch in der breiten Öffentlichkeit ist dabei vielfach der Eindruck entstanden, dass der Einsatz solcher Waffen

insbesondere bei jugendlichen Tätern zugenommen hat und teilweise aus geringfügigsten Anlässen erfolgt. Auf Anfrage der SPD konnte die Landesregierung nicht beantworten, in welcher Häufigkeit Angriffe mit Stichwaffen verübt wurden; dies werde, so die Landesregierung, bisher nicht statistisch erfasst. Klar ist: Kriminalität kann nur dann wirksam bekämpft werden, wenn alle relevanten Fakten und

Hintergründe über die allgemeine Häufigkeit von Messerattacken bekannt sind. Wir fordern in unserem Antrag deshalb die Einführung der statistischen Erfassung von Angriffen mit Stichwaffen. (Drucksache [17/2162](#))

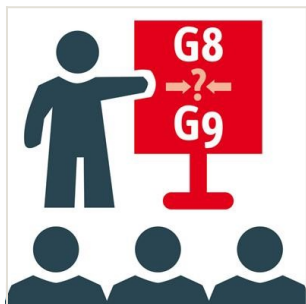
Kunststiftung NRW: Künstler/-innen brauchen mehr Sicherheit



Mit der Kunststiftung NRW fördert das Land Nordrhein-Westfalen herausragende künstlerische Projekte wie Ausstellungen, Konzerte, Tanzprojekte oder Lesungen. Die Förderung des internationalen Kulturaustauschs und begabter junger Künstler gehören zu den zentralen Aufgaben der Stiftung. Um diese Projekte fördern zu können, erhält die Kunststiftung bisher eine festgeschriebene Summe aus dem Landeshaushalt. Diese Praxis hat sich bei der Förderung von Projekten nicht immer bewährt. Um langfristige Verpflichtungen eingehen zu können, braucht die Kunststiftung eine mehrjährige finanzielle Grundaus-

stattung, welche die allgemeine Kostenentwicklung mitberücksichtigt. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung dazu auf, eine neue Vereinbarung mit der Kunststiftung auszuarbeiten, die eine mehrjährige finanzielle Grundausstattung für die Kunststiftung beinhaltet. (Drucksache [17/2161](#))

Rückkehr zu G9: Landesregierung trägt den Streit in die Schulen



Im Jahr 2005 wurde G8 in seiner heutigen Form von der damaligen Mitte-Rechts-Regierung eingeführt. Schwarz-Gelb hat den damaligen Fehler eingestanden und mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Rückkehr zu G9 eingeleitet. Aber es fehlt noch einiges: das Land überlässt die Entscheidung nach der Länge des gymnasialen Bildungsganges den Schulen, einen Streit, den die Landesregierung selber nicht austragen wollte. Nach den Herbstferien entscheidet die Schulkonferenz über den Übergang in G9 oder den Verbleib in G8. Eltern entscheiden in dem Fall nicht für ihre Kinder, sondern für eine nachfolgende Schülergeneration. Die SPD-Fraktion setzt sich für individuelle Bildungswege an jedem Gymnasium in NRW ein. Die Oberstufe muss aus unserer Sicht

so reformiert werden, dass der Regelfall das Abitur nach neun Jahren ist, die Absolvierung nach acht Jahren schulrechtlich aber möglich bleibt. (Drucksache [17/1818](#))

Gute Schule 2020: Kommunen brauchen mehr Zeit bei der Sanierung von Schulen



Mit dem von der SPD-geführten Landesregierung eingeführten Programm "Gute Schule 2020" wird den Kommunen eine langfristige Finanzierungsmöglichkeit zur Sanierung und Modernisierung der Schulinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Die bereitgestellten Mittel werden - trotz großen Interesses in den Kommunen - nicht im erforderlichen Umfang abgerufen. Der Grund: Zum einen gibt es in vielen Städten und Gemeinden aktuell nicht ausreichend Bau- und Planungskapazitäten, um die Sanierung oder Modernisierung zügig auf den Weg zu bringen. Zum anderen kommt es auch durch die aktuell hohe Auslastung bei den Unternehmen der Bauindustrie und des Bauhandwerks zu Verzögerungen. Wir fordern die Landesregierung deshalb dazu auf, die Frist, in der die von den Kommunen abgerufenen Mittel zur Sanierung, Modernisierung oder den Ausbau von Schulen verwendet werden müssen, von 30 auf 42 Monate zu verlängern. (Drucksache [17/2163](#))

Fotonachweis:

Mann mit Uhr: Urheber: Zdenek - www.fotolia.com

OGS: Urheber: Kunstzeug - www.fotolia.com

Demokratieförderung: Urheber: kamasigns - www.fotolia.com

Messer: Urheber: ExQuisine - www.fotolia.com

Kasse: Urheber: ghazii - www.fotolia.com

Kultur: Urheber: ted007 - www.fotolia.com

G8/G9: Urheber: Trueffelpix - www.fotolia.com

Gute Schule: SPD-Fraktion NRW

v.i.s.d.p: Markus Herbert Weske MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
www.weske.nrw facebook: Markus Herbert Weske MdL
